

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Abonnement: frei. Einzelpreis: 15 Pf. Halle, Mittwoch, den 17. Februar 1926 6. Jahrgang * Nr. 40

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 17. Februar 1926

6. Jahrgang * Nr. 40

Listenauslegung für Volksbegehren

Vom 4. März bis einschließlich 17. März

(Eig. Meld.) Berlin, 16. Februar.

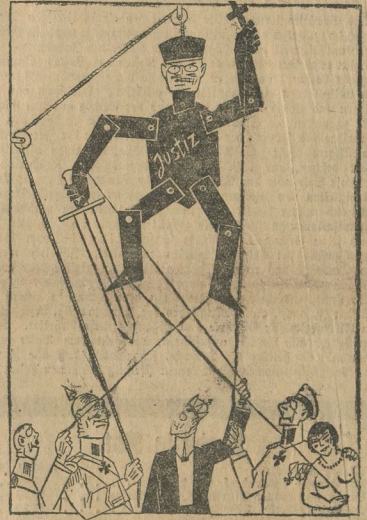
Im „Reichsanzeiger“ wird heute der Termin für die Auslegung der Listen für das Volksbegehren veröffentlicht, wonach die Listen in der Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März ausgelegt werden müssen.

Die Reichsregierung erläßt dazu halbamtlich folgende Erklärung:

„Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenerbvermögen beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen. Den Inhalt des Gesetzesentwurfes, der eine völlig entscheidungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinanderregelungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen und daß dann der weitergehende mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.“

Die Handlöße der Reichsregierung ist reichlich überflüssig. Man weiß ja ohnehin, daß die Lütticher-Regierung keine Regierung für das Volk, sondern für die Fürsten ist. Ihre Absicht, den Volkswillen zu verhindern, darf nicht gelingen. Jetzt gilt es in einer einzigen Front alle Kräfte anzuspannen, um der Parole zum Siege zu verhelfen: Nicht einen einzigen roten Pfennig dem fürstlichen Räuberpad!

Das Fürstengericht nach dem Wunsch Luthers



„Die Abfindung ist eine Rechtsfrage“

„Ihren großen Heerführer“ gegenüber, jede Partei für sich überzeugt, die man die Vaterlandsliebe zu besitzen. . . . „Der Dank des Vaterlandes“, auf, es ist so oft davon gesprochen und geschrieben worden, daß man sich ihm, ein Deutscher zu sein, wenn man das höchste Glück seiner Ungläubigen für nur Augen hält, die der Krieg erwerbungslos, verknüpft, ohne Gedächtnis hinterlassen hat. . . . ein pompöses Ehrenmal aufzuführen, mit Marmorblöcken, Palmen und goldenen Scheit? Was? Damit die hungernden Opfer des Weltwafens sich am Anblick eines Steinhaufens sättigen können? . . . Was dem ein Heber den anderen als den größten Verdienst anzuhängen? Und wenn alles gut geht, wird es bei der ersten Gelegenheit eine solenne Keilerei geben zu Ehren des „Ehrenmals“. . . . Und uns dünkt, diese Ludendorff-Höring-Front ist ein für Sozialisten unerschütterliches Gebilde.“

So muß ein sozialdemokratisches Blatt über den neuesten Streich Hörings schreiben. Aber weder ist dies der erste Streich zur Ludendorff-Höring-Front, noch wird es der letzte sein; so lange bis die sozialdemokratischen Arbeiter-Verbanden haben, über die Worte gegen Hörings Wiederwärtigkeiten zu Taten, zur proletarischen Kampfgemeinschaft zu gehen. Die Reichsbannerkameraden, die dem Berliner Kameraden Klaffert, trotz Hörings Verbot, das letzte Ehrengeleit haben und dafür ausgeschloffen wurden, werden nicht die letzten Opfer Höringsher Anbiederei an Ludendorff-Hindenburg bleiben. Die Klassenurteile von Gredensmühlen, Oberhiesien und anderswo zeigen ihnen den Weg zur roten Klassenfront.

Die Verbindung Ludendorffs und Seecks mit den ungarischen Banknotenfälschern

(Eig. Drahtm.) Budapest, 17. Februar.

Der Sekretär des Pringens Windischgrätz, Raba, machte in den letzten Abendblättern aufsehenerregende Mitteilungen über die Verbindungen der ungarischen Banknotenfälscher mit den Deutschvölkischen. Er, Raba, hatte im Auftrage des Pringens Windischgrätz an Ludendorff und an General von Seeck Briefe überbracht. Raba habe persönlich in Münchener Verhandlungen geführt, auf die in München erhaltenen Befehle hin sei er nach Wien gereist, wo er das notwendige Papier für die Herstellung der falschen Banknoten erhalten habe. Diese Aussagen wiederholte Raba auf der Polizei in den beiden französischen Delegierten gegenüber.

Was alles vor den sozialdemokratischen Arbeitern unterschlagen wird

Aus der Praxis der „Volksblatt“-Redaktion

Es gibt verschiedene Methoden, immer wieder von neuem einen Keil zwischen die sich von unten her bildende proletarische Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter hineinzukleben. Die eine Methode ist die der direkten Verleumdungen und Verdächtigungen. Ein Musterbeispiel dieser Methode haben wir in den letzten Tagen erlebt, als das „Volksblatt“ die Polizei moiti zu machen suchte gegen die Sammlungen für den Volksentscheid, indem es ohne jeden Grund über „kommunistische Betrüger und Urkundenfälscher“, denen ihr lauberes Handwerk gelehrt werden müßte, schimpfte und unter den Anzeichen höchster Exzelle sich über einen „ausgeselbten fremden Betrug“ und über eine „hundsgemeine Spetulation“ der Kommunisten in den höchsten Privilegien erbot.

Die andere Methode ist die des Verdrängens offenkundiger Tatsachen. Was auf diesem Gebiete bis das haltsche „Volksblatt“ bisher geleistet hat, steht einzig da. Um den sozialdemokratischen Arbeitern und Lesern des „Volksblatt“ nur eine Stichprobe von dem zu geben, was alles ihnen an politischen Tatsachen dorenhalten wird, registrieren wir nur ganz kurz einige Ereignisse der letzten Zeit.

Neben sozialdemokratischen Arbeiter ist bekannt, welche Unterstützung im Volke vorhanden ist darüber, daß ausgerechnet in der jetzigen kritischen Zeit der proletarischen Massen immer wieder Aufträge zur Gänze-Spende herausgegeben werden. Und auch die sozialdemokratische Presse, sogar das „Volksblatt“, tut so, als ob es ebenfalls gegen die Geldsammlungen für Joppen-Luftschiffe nach dem Nordpol sei. Da müssen wir schon folgende Fragen an sozialdemokratische Arbeiter richten:

Ist Euch bekannt, daß Höring, der Oberpräsident der Provinz Sachsen und Reichsbannerführer, als erster mit seinem vollen Namen erst vor wenigen Tagen einen Aufruf für die Gänze-Spende unterzeichnet hat, in dem folgender schöne Satz steht: „Die Not und die Schmerz der Zeit kennen wir alle. Aber der Zustand und die Not in Friedrichshagen steht noch allen anderen Vätern an der Spitze?“

Das „Volksblatt“ hat darüber kein Wort gebracht. Warum nicht? Vor allen Dingen deswegen, weil es so Folge ist, entsprechend der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter sich gegen Höring wenden zu müssen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Feigheit dann entspricht die Verleumdung der Kommunisten. Wenn diese nämlich, wie es ihre proletarische Pflicht ist, gegen die Geldmental von Höring protestieren, und sie vor der Arbeitererschaft aufdecken und entlarven, dann nennt man das im „Volksblatt“ — kommunistische Hehe.

Am 4. Februar hat eine Belegschaftsversammlung der Firma Peilmann & Wittmann eine Resolution angenommen, in der die Bildung eines Einheitskomitees für Halle gefordert wurde. Die Resolution war auch im Namen der sozialdemokratischen Arbeiter dieses Betriebes von dem Sozialdemokraten Willi Krennmann unterschrieben. Diese Resolution ist genau so gut wie dem „Klassenkampf“ auch dem „Volksblatt“ ausgehändigt worden, und zwar liegt darüber eine schriftliche Quittung vor von dem Arbeitersekretär Ferchl and, der verprochen hatte, sich für die Veröffentlichung der Resolution im „Volksblatt“ einzusetzen. Warum hat das „Volksblatt“ die zum heutigen Tage einfach diese Resolution unterschlagen? Weil die Veröffentlichung dieser Resolution nicht hineingepaßt hätte in seine Hehe gegen den Jahnmeinschluß von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern!

Vor einigen Tagen hat der Sozialdemokrat Landenberg im Reichsausschuß des Reichstages den bürgerlichen Parteien das Angebot gemacht, daß die Sozialdemokratische Partei vom Volksentscheid Abstand nehmen würde, wenn man sich allgemein auf den demokratischen Kompromißantrag in Sachen der Fürstenerbvermögen einigen würde. Obwohl das „Volksblatt“ am nächsten Tage über die Verhandlungen im Reichsausschuß des Reichstages berichtete, hat es restlos diese Ausführungen Landbergs unterschlagen und auch bis zum heutigen Tage nicht ein Wort dazu gesagt.

Die Befanngabe der Tatsache, daß Landenberg als der Exponent der rechten Führergruppe der SPD, bereits den Bürgerlichen den Vorschlag an dem gemeinsamen Gehehntwurf der SPD, und der SPD für entscheidungslose Fürstenerbvermögen angetragen hat, hätte es ja auch den „Volksblatt“-Redakteuren umgänglich gemacht, weiter zu gehen gegen die angeleglichen kommunistischen Verleumdungen.

Wie hat sich nicht das „Volksblatt“, — und zwar in diesem Falle mit Recht — aufgeregt darüber, daß der deutsche nationale Abgeordnete Coerling, obgleich er als Reichsanwalt Vizepräsident der Reichstages ist, sich für die Fürstenerbvermögen entschieden hat, und hat bis heute noch mit seiner Stille erwidert, daß auch der Sozialdemokrat Wolfgang Heine Abgeordneter eines Großherzogs von Mecklenburg gewesen ist und bei der Vertretung der fürstlichen Interessen gegen das Volk folgenden jahnmeinschluß geprägt hat: „Ein Großherzog, auch wenn er nicht regiert, muß

Severing will die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Berliner Stadtparlament brechen

Wir hatten bereits am Montag in einer kurzen Notiz die Nichtbestätigung des Genossen Rabe als Stadtrat von Berlin mitgeteilt. Diese Nichtbestätigung wurde begründet mit den Vorstrafen, die der Genosse Rabe erhalten hat. Alle diese Vorstrafen sind politischer Natur, die mit einer Ausnahme überaus geringfügig waren. Die einzige schwerwiegende politische Strafe erhielt der Genosse Rabe während des Krieges von dem Kriegengericht der kaiserlichen Marine, subditiert als Oberleutnant auf dem Kriegsschiff „Moltke“, wo er zu acht Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Nichtbestätigung des Genossen Rabe nun ist ein Versuch, die Ausnutzung der kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit im Großberliner Stadtparlament zu verhindern.

Durch Nichtbestätigung des Kommunisten soll nämlich im Berliner Magistrat die bürgerliche Mehrheit gerettet werden, da bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen ein Sieg den Ausweg gibt. Zwar hat Severing selbst die Nichtbestätigung noch nicht ausgesprochen, sondern diese Nichtbestätigung wurde erst von dem demokratischen Oberpräsidenten Maner verfügt. Es ist aber unangebracht, daß hinter diesem Oberpräsidenten Maner der preussische Innenminister Severing steht. Wenn Severing aber das Kriegsgesichtsurteil der falschen Justiz (etwas anderes kommt nicht in Frage) zum Anlaß nimmt, um dem Genossen Rabe die Bestätigung zu verweigern, so ist der Gipfel aller bisherigen Leistungen erreicht worden. Auf diese Weise sollbarziffer sich Severing offen mit dem Admiral Seeber und der hinter ihm stehenden monarchistischen Konterrevolutionation.

„Ludendorff-Höring-Front — ein unerträgliches Gedank“

Das „Sächsisches Volksblatt“ Zwickau (Nr. 30 vom 15. Februar) schreibt unter der Überschrift: „Kein Ehrenmal für unsere Gefallenen“ über die am 12. Februar bei Hindenburg stattgefundenen Konferenz des „Stahlsheim“, „Kampfbund“, „Reichsbanner“ und „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ zwecks Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen:

„Juden und Antisemiten, Patentreuer und Republikaner

andere Mittel zur Verfügung haben, als ein gewöhnlicher Sterbelicher. Selbst die sozialdemokratische „Kantfurter Volksstimme“ vom 13. Februar schrieb zu diesem Standal: „Mit der Jagdgrube...“

Nach ein Fall, der ganz deutlich den politischen Charakter der „Volksblatt“-Redaktion enthüllt: Am 12. Februar fand bei Hinzeneberg eine Konferenz von Stahlhelmern, Kämpfern...

Wenn aber dann die Kommunisten diese und andere Tatsachen, wie es ihre proletarische Selbstverständlichkeit Pflicht ist...

Wir betonen demgegenüber mit aller Entschiedenheit: Uns kommt es nur auf die tatsächliche Ausprägung mit den sozialdemokratischen Arbeitern an, und zwar nur im Hinblick darauf, wie so schnell wie möglich und so dauerhaft wie nur irgend möglich...

Beringe Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung im Sozialpolitischen Ausschuss beschlossen

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages erledigte gestern die zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorliegenden Anträge. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß man im allgemeinen...

fürst aus:

Die erste Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft sei der Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Die Regierung solle aber durch ihre Politik den wertvollsten Bestandteil der Wirtschaft, die menschliche Arbeitskraft im Gleichgewicht zu erhalten...

Der Regierungsratspräsident möchte doch der Vorschlag ihrer Regierung ein gewisses Ansehen verursacht haben. Möglich ist aber auch, daß man ein Spiel mit verteilten Rollen spielte...

Der kommunistische und der sozialdemokratische Antrag wurden abgelehnt, gemäß dem Zentrumsvorschlag wurde beschlossen, die Anwerbsunterstützung um 10 Prozent zu erhöhen...

In demerit hat, daß auch diese an und für sich geringe Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die der Sozialpolitische Ausschuss beschlossen hat, nochmals im Hauptausschuß des Reichstages durchgeprochen werden soll.

Geplante Tarifserhöhung bei der Reichsbahn N. G.

Die heutige Abendausgabe des „Vorwärts“ bringt unter der Überschrift: „Was geht bei der Reichsbahn vor?“ eine längere Notiz, in der erklärt wird, daß die Reichsbahngesellschaft eine neue Tarifserhöhung plant...

Wie man in Rußland abhand

M. S. Es ist ein jammervolles Schauspiel, das die sogenannte demokratische Republik in der sogenannten Fürstenabfindungsfrage der Welt bietet. Während das Volk darbt und hungert...

Vor sieben Jahren befanden sich die führenden Männer eines anderen Landes in viel schmerzlicheren, als damals in Rußland. Die Regierung hat mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen...

Die Sowjetregierung stellt sich auf den einzig richtigen Standpunkt, daß nämlich das Eigentum der Jarzenfamilie nicht ihre Privateigentum ist, weil dieses Eigentum im Laufe der Jahrhunderte die Fürsten durch ihre Vorrechte sich auf Kosten des Volkes zugesammelt...

Partei in Not

Table with 2 columns: Party group and amount in Marks. Includes groups like 'Die Gruppe Epidenhof, für Marken', 'Die Gruppe Halle, Distrikt 13, für Marken', etc.

Wir erheben alle Dringungen, für verkaufte Marken Kontostellungen, möglichst jede Woche, an den Westl zu leisten. Die Einzahlungen haben auf das Volkstheater Nr. 1070 01 Leipzig, Meiner Sammler, Halle, zu erfolgen...

Bezirksleitung Halle-Merseburg, Abtlg. Kasse.

Nur noch 10 Tage

hast Du Zeit, Parteigenosse, Deinen Pflichtbeitrag an die Partei abzuführen. Entschuldige Dich nicht mit Deiner Erwerbslosigkeit, wenn Du im Rückstand bist!

jedes Parteimitglied

10 Mark für die Partei sammeln kann, wenn der feste Briefkasten vorhanden ist.

Erlebe Deine Pflicht!

daß das Volk sein Eigentum, das ihm die Fürsten in den Jahren ihrer Herrschaft raubten, sich zurückgenommen hat. Noch vor kurzem wurden in Moskau die Kronjuwelen der Jarzen ausgeführt...

Das russische Volk hat während der letzten Jahre das Bürgerkrieges auch Geduldi und Gehungert. Aber es hat wenigstens immer das feste Bewußtsein gehabt, daß das Volkvermögen nicht an Herrn Bankiers und an die Fürsten und ihre Mänteln abgeleitet wird...

„Die Leinwand der Bezirkskommission zur Realisierung der staatlichen Fonds verkaufte der Zentralverwaltung für Sozialversicherung den größten Teil des Porzellan- und Glasgeschäfts aus dem ehemaligen Jarzenhöfen.“

Man vergleiche nur diese beiden Mitteilungen miteinander. Besser als Hunderte von theoretischen Abhandlungen legen sie davon Zeugnis ab, wozu die so viel gekündete Demokratie und wozu die so viel gekündete Diktatur geführt hat.

Deutsche Bauern, leid auf der Hut!

Die Preßnotiz, die eine Konferenz des Zentralausschusses der SPD, mit den Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktionen anführte, die zur Stellung genommen werden sollte zur Lage der merkantilistischen Landwirtschaft...

„Man kann nicht oft genug vor den kommunistischen Propheten, die ihre Fährten auch nach der Landesbedrohung ausstrecken, warnen. Sie haben erkannt, daß der deutsche Bauer viel zu sehr nur von innen von innen zu vernichten einzufließen, daß der Kommunismus den landwirtschaftlichen Besitz zerstört, Not und Tod über das Bauernvolk bringt.“

Die „Ostpreussische Zeitung“ meint, das beste Beispiel dafür sei Rußland, wo die Landwirtschaft in vielen Teilen des Reiches vernichtet sei. Der deutsche Landwirt sei, naturnotwendig der Vertreter des nationalen Gedankens.

Kürzer sagt sich die „Bommersche Tagespost“ vom 2. Februar, die den Beschluß des Z. R. der SPD. kurzhand, „als ausfallsloses Unternehmen“ bezeichnet.

Die Pressestelle des „Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes“ verneint die Entscheidung, in der es zum Schluß über die Bauernpropaganda der SPD. heißt:

„Für die Zeit, Aufruf und Frieden kann der Kommunismus der deutschen Landwirtschaft bringen, sondern nur weiteres Elend, Niedergang und Unfreiheit. Wenn auch verschiedene Blätter meinen, daß bei uns auch der Bauer im entlegenen Winkel davon unberührt sei, so ist es doch der Kommunismus in Rußland die Bauernschaft abgewürgt haben.“

Was zeigt uns dieses Gebot der bürgerlichen Landpresse? Nichts als die Furcht der Bourgeoisie und Junker, die wertvolle Einkünfte der großen Landbesitzer, die sie bisher als freiwild und stimmlos für ihre Profitinteressen betrachteten...

Keine Lüge über den Kommunismus und über Sowjet-Rußland ist zu frech und zu plump, als daß die bürgerlichen Propagandisten sie nicht ihren kranken Bessern vorzulegen wägen. Gerade Sowjet-Rußland ist das beste Beispiel dafür, daß allein die proletarische Revolution in das feste Bewußtsein der Bauern vom Wucher der Bankkapitalisten und dem Handeln, von der Ausbeutung des großen Grundbesitzers, dem Bauer Grund und Boden gibt.

Wir erheben alle Dringungen, für verkaufte Marken Kontostellungen, möglichst jede Woche, an den Westl zu leisten. Die Einzahlungen haben auf das Volkstheater Nr. 1070 01 Leipzig, Meiner Sammler, Halle, zu erfolgen.

Man kann nicht oft genug vor den kommunistischen Propheten, die ihre Fährten auch nach der Landesbedrohung ausstrecken, warnen. Sie haben erkannt, daß der deutsche Bauer viel zu sehr nur von innen von innen zu vernichten einzufließen, daß der Kommunismus den landwirtschaftlichen Besitz zerstört, Not und Tod über das Bauernvolk bringt.“

Konzentration — Rationalisierung — Fordismus

politischen Konsequenzen.

Ueber diese Thema sprach gestern abend im "Vollspatz" vor den kommunikativen Gemeindefunktionären...

Föderation organisiert sind, sie sagen nichts davon, daß die 12 Millionen Arbeiter in Amerika sich nicht organisieren dürfen...

Die jetzigen Krisen ganz andere sind als die Krisen der Weltkriegszeit.

Infolge des Weltkrieges ist die Weltmarktlage eine ganz andere geworden. Die Staaten sind aus dem Weltkrieg unter ganz anderen Bedingungen hervorgegangen...

mit solchen Methoden die europäische Krise nicht gelöst werden kann.

Während in Amerika die Produktion immer mehr ausgedehnt wird, wird sie bei uns in Deutschland immer mehr eingekürzt. So ist das Verhältnis der Weltproduktion...

Amerikanische Kredite bringen uns immer mehr in amerikanische Abhängigkeit. Das kann dem Arbeiter nicht gleichgültig sein...

Der Kampf in der Zuderraffinerie Halle

Grügners, "Berichterfasser" und Grügners Sorgen

Nachdem die Belegschaft der Zuderraffinerie in seltener Einmütigkeit den folgenden Lohnabzug abgelehnt hatte, wurde von der Direktion folgende Bekanntmachung angeschlossen:

des Kollegen Güttel entpuppte sich dieser Herr als Kriminalbeamter, der als "objektiver Berichtserfasser" (1) für den Herrn Regierungsverwalter...

Arbeitsweise bei Ford.

Die menschliche Arbeitskraft ist dort auf ein Minimum reduziert, alle Arbeit leisten die Maschinen. Ford allein lieferte bis vor einiger Zeit über 60 Prozent der gesamten Weltproduktion...

Im Ford-Betrieb keine Gemeinshaft.

Es haben nicht den großen Ford-Betrieb gesehen, in dem viele Arbeiter verdauern, sind aber mit 35 Jahren in den Ford-Werkstätten erstickt...

41) EJUS Roman von Lawrence H. Desbary (Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermann Zur Mühlen) Ein dunkelhaariger Burische lief über den Landungssteig...

Sehr arbeitervreundlich zeigte sich der Redaktionsrat der Arbeiterzeitschrift, der sich aus den Herren Dr. Mülling, der im Verkauf der Verhandlungen des Schlichtungsausschusses folgendes zum Besten gab...

Übermals durchforschten die lebenden misstrauischen Augen das Schiff. Mühselig schanderte der reiche Mann der reichsten Stadt zusammen. "Was ist Ihnen, Herr Bright?" fragte der Kapitän besorgt.

Was der geschlossene Widerstand der Arbeiterzeitung erreichen kann, schloß man aus folgenden Umständen: Der Baumann, Generaldirektor über alle Zuderraffinerien des Konzerns, hatte zuerst selbst einen zwanzigprozentigen Lohnabzug verlangt...

Zwei Schiffe fuhren durch die Nacht, beladen mit Menschen, kommen näher und näher. In ihrem Kielrausch erbeben sich die Wogen, plätschern schäumend. Die Wogen fliegen und die Menschen auf den Schiffen tauchten dem Lieb. Jeder aber verriet nicht andere Worte.



Gewerkschaftsbewegung Die Kurzarbeiterunterstützung

Von Siegfried Kadel

Als Erfolg der fortgesetzten energischen Vorstöße der kommunistischen Reichsleitung ist der Kampf um die Kurzarbeiterunterstützung in einem gewissen Maß gelungen...

Dass die gegenwärtige Lage der Kurzarbeiter nicht mehr erträglich ist, möchte auch die Regierung anerkennen. Gibt es doch Tausende von Familien, die die Kurzarbeiter einmündig unterstützen müssen...

- 1. Kurzarbeiterunterstützung wird erst nach drei- bis vierwöchentlichem Karenzzeit gewährt. 2. Unterstützung wird erst dann gewährt, wenn ganze Arbeitstage ausfallen...

Bei dem gegenwärtigen Stande und der Art der Kurzarbeit wären ungefähr 20 Prozent aller Kurzarbeiter (die Zahl beträgt ungefähr 2,5 Millionen) in den Genuss dieser Hilfe gekommen...

Diesem Plan stellen die Kommunisten einen eigenen Gesetzentwurf gegenüber, nach dem jeder Kurzarbeiter, der ein Scheitler und mehr der Wollarbeit feiert, für die gesamte ausfallende Arbeitswoche die Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhalten soll.

Wie schon oben betont, kann auch dieser Vorschlag die Kurzarbeiter nicht befrieden, und geradezu grotesk ist es zu verlangen, daß geprüft werden soll, ob man an solche Kurzarbeiter Unterstützung zahlen kann, die zwar jeden Tag aber nur einige Stunden arbeiten.

Zusammenfassend ist also der Sozialpolitische Ausschuss genötigt, daß die Regierung einige Verbesserungen vorschlagen, muß natürlich der Kampf um den weiteren Ausbau der Kurzarbeiterunterstützung fortgesetzt werden.

RAV-Beschluß gegen §§ 218/19

Sonntag, 14. Februar 1926, fand im Reichsverband für das Reich Halle-Überlingen statt am 14. Februar der nachfolgend abgehaltene mitgeteilte Entschluß zugestimmt mit dem Entschluß, die in Arbeiterparteien als Material zu übernehmen. Die Entschlüsse lauten:

Die Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands fordert von der Organisation, bei den politischen Arbeiterparteien im Reichstag vorstellig zu werden, daß der § 218 endlich im Interesse der Arbeiterklasse aufgehoben wird.

Weber die Bergarbeiter-Konferenz, die am 14. 2. in Wansleben stattfand und die von jetzt 50 Delegierten besucht war, wird uns noch berichtet: Nach den Berichten des Kollegen Heße über die Lage im Bergbau und Reddigau über Tarifwesen und Knappschaft wurden folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Die am 14. Februar 1926 in Wansleben tagende Konferenz der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes und der Betriebsräte für die Bergbaurevier Halle-Überlingen beschließt, mit Entschlossenheit alle Bestrebungen der Arbeitgeber zu bekämpfen, die zum Ziele haben: Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Löhne, Abbau der Sozialfürsorge.

Die Konferenz beschließt die Wiedererrichtung des Arbeitskampfes für den Bergbau, eine wesentliche des Leiharbeiterkampfes, und einmündig die Verhängung und zum Nutzen der Bergarbeiter günstige Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung.

Die am 14. Februar 1926 in Wansleben tagende Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beschließt, bei dem Vorstand des Verbandes dahin zu wirken, daß die Bestimmungen im Reichstag über das Knappschaftsgesetz namentlich vorgenommen werden.

Es wurde mitgeteilt, daß in der Werkschmiede im Bezirk dem RAV über 1000 Mitglieder neu zugeführt wurden und gelobt, die Werkschmiede tatkräftig fortzuführen.

Die Delitzscher Eisenbahner in einer Front Für entschädigungslose Entzerrung der Fürtzen

In einer öffentlichen Eisenbahner-Versammlung referierte der Schriftleiter von Halle a. S. Kollege Müller, über die Fürtzen- und Personalpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft, die zur schärfsten Kritik herausforderte. Den Direktoren doppelte Gefährter und hohe Repräsentationsgelder, und den Arbeitern verweigert man den Feinheitszulage, der ihnen durch bindenden Schiedspruch zuerkannt ist.

Die Versammlung beschließt sich auch mit der jetzt brennenden Frage der Fürtzenentzerrung und nahm dazu folgende Entschlüsse mit den Stimmen der SPD, KPD und Parteilosen an:

- 1. Beschloß Entzerrung aller deutschen Fürtzenstrecken. 2. Gemeinnützige Durchführung eines Volksentscheides durch RAV und alle Arbeiterorganisationen. 3. Kein Kompromiß mit irgendwelcher Organisation oder Partei, welche den Fürtzen aus nur einem Pfennig zustimmen will.

Das Geld der Arbeitlosen, Kriegsbeschädigten, Alt- und Sozialrentner, der Witwen und Waisen ist gemeinnützig. Es ist angehtlich kein Geld zu der Aufrechterhaltung der unrentierlichen Arbeiter und Löhne, kein Geld für Wohnungsbau der über eine Million Wohnungslosen, die notwendigen Arbeiten der deutschen Volkswirtschaft können wegen Geldmangels nicht erledigt werden.

Verschiedene SPD-Mitglieder hatten es vorgezogen, statt in die Versammlung zum Kartentisch zu gehen. Von diesen Kollegen hatten wir eine bessere gesellschaftliche Würdigung erwartet. Es wird er besser, wenn nicht nur einzelne, sondern alle Organisationsarbeit leisten.

Staats- und Gemeindearbeiter-Versammlung Delitzsch Für restlose Fürtzenentzerrung

In der letzten Gewerkschaftsversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Delitzsch, wurde Bericht erstattet von der RAV-Konferenz in Gledburg. Wegen der Zulassung der Delegierten wurde scharf Protest erhoben.

In dem anschließenden Bericht von der letzten Kartellversammlung wurde u. a. ein Beschluß bekanntgegeben, die Jugendwohlfahrt der Arbeiter gemeinsam mit dem Kartell durchzuführen. Aufgabe soll sein, mehr an die Arbeiterkassen heranzukommen, damit sie ihre Kinder dem Einfluß der Kirche entziehen.

Zum Abschluß einer Aktion erklärten die Kollegen, daß nicht durch Arbeitseinstellung, nicht durch „Wirtschaftsdemokratie“, sondern nur durch Klassenkampf der Achtundtag erobert werden kann. Zur Fürtzenentzerrung wurde folgende Entschlüsse angenommen:

Die am 11. Februar 1926 in Delitzsch tagende Mitbestimmungskonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellt sich auf den Boden der entschädigungslosen Fürtzenentzerrung. Um das deutsche Volk ein für allemal von diesen Anfeindungen zu verschonen, muß es den Volksentscheid durchzuführen.

Keinen Pfennig diesen Paraziten! Alt, Werte und Vermögen dem notleidenden Volk!

Sattler, Tapezierer und Borteseufler

Sonabend, den 20. Februar, findet im Gewerkschaftshaus, nachmittags 4 bis 7 Uhr, die Wahl zum Verbandstag statt. Die Orisverwaltung Halle hat als Kandidaten den Kollegen Walter Seibt aufgestellt. Alle Kollegen, die für Gewerkschaftseinheitlich und rücksichtslos Klassenkampf eintreten, gehen indes einheitlich ihre Stimme dem Kandidaten der Opposition für den 23. Wahlkreis, zu dem auch Halle gehört, nämlich dem Kollegen Paul Fröbel, Geraberg.

Unglück, Steinheger-Streit, Jäh!

Wie uns mitgeteilt wird, befinden sich die Steinheger und Hilfsarbeiter seit Sonnabend, den 13. Februar, im Streit. Die Unternehmer haben den Stundenlohn um 15 Pf. reduziert, worauf die Arbeiter in den Streit traten. Die Arbeiterchaft wird aufgefordert, Solidarität zu üben und den schwer bedrängten Kollegen nicht in den Rücken zu fallen.

Anträge zum Verbandstag des RAV

Die RAV-Ortsgruppe Verbaal, Schwelm-Sollheim, hat folgende Anträge zu dem am 14. März 1926 stattfindenden Verbandstag des RAV beschloßen und dem Hauptvorstand eingereicht:

Antrag 1: Der Verbandstag stellt fest, daß die Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern für die Arbeitgeberchaft nachteilig war und beschließt deshalb, daß der RAV in keiner Form mehr eine Arbeitergemeinschaft mit den Arbeitgebern eingeht.

Antrag 2: Der Verbandstag bekennt sich zum Industriearbeitsprinzip und beauftragt den Hauptvorstand, sich unermüdet für die Vermehrung mit dem Allgemeinen Schweizerbund und dem Gewerkschaftsbund einzusetzen.

Antrag 3: Der Verbandstag beschließt die Wiederaufnahme sämtlicher wegen oppositioneller revolutionärer Tätigkeit ausgeschiedener Kollegen zur Organisation der unorganisierten Kollegen in Gemeinschaft mit RAV, SPD, KPD und RAV, über das ganze Reich einzuleiten. Entsprechender Tätigkeitsplan ist auszuarbeiten.

Antrag 4: Der Verbandstag beschließt die Entsendung einer Delegation des Verbandes nach Ausland zum Studium der dortigen Verhältnisse. Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung für die Einheit mit dem Vaterland- und Arbeiterinternationale angeschlossen Verbänden einzusetzen.

Antrag 5: Der Verbandstag beschließt die Durchführung eines Volksentscheides gegen jede Abfindung der Fürtzen für notwendig. Der Hauptvorstand wird beauftragt, innerhalb des RAV für den Volksentscheid und die restlose Entzerrung der Fürtzen sich einzusetzen.

Genosse Hoja wieder im RAV

Einstimmiger Beschluß der RAV-Gaulekonferenz

Unter festsicheren Gründen hat der RAV-Hauptvorstand Anfang 1925 den Genossen Hoja (Wanderarbeiter) aus dem Verband ausgeschlossen. Auf den am 30. und 31. Januar 1926 stattgefundenen Gaulekonferenz des RAV-Verbandes begründete das Kreisvorstandsmitglied Genosse Müller, Großschäfer, einen Antrag auf Wiederaufnahme des Genossen Hoja. Mehrere Delegierte traten zwar für diesen Antrag ein, so daß die Gaulekonferenz einstimmig die Wiederaufnahme einstimmig abgelehnt hat.

Genosse Hoja, der zum Hauptvorstand gehörte, ist jetzt jetzt auf verschiedenen Konferenzen um Ausbruch gestrichelter Spaltungen, durch Herauswurf der Kommunisten aus dem RAV, ist der einstimmige Beschluß der Gaulekonferenz eine deutliche Warnung. Die RAV-Mitgliedschaft will die einheitliche Front und wird sich gegen die Feinde der Gewerkschaften zu wenden müssen.

Ein neuer Streiter für die Gewerkschaftseinheit!

Die Einheit, so lautet eine Halbmonatschrift, deren erste Ausgabe am 1. Februar erschien. Diese Zeitschrift, die in Berlin herausgegeben wird, hat sich zum Ziel gesetzt, die Gewerkschaftseinheit national und international zu fördern. Herausgeber sind ehrliche deutsche Gewerkschafter, die erkannt haben, daß abengenanntes Ziel erstrebt werden muß, wenn die Arbeiterchaft den Sieg über ihre Unterdrücker erringen will.

Andere Zeitschrift nennt sich ein Organ zur Förderung der gewerkschaftlichen Einheit, und mancher Arbeiter wird sich beim Lesen dieser Zeitschrift die Frage vorlegen, ob es durchaus notwendig ist, wegen der Einheitsfrage eine besondere Zeitschrift herauszugeben. Man kann doch alle Tage in allen Arbeiterzeitschriften von der linken bis zur rechten Seite lesen, daß das Bestreben besteht, die gewerkschaftliche Einheit zu fördern und zusammenzubringen. Zurzeit ist auch kein Wort der deutschen Sprache in den letzten Jahren so häufig gebraucht und ebenso häufig mißbraucht worden, als eben der Titel unserer Halbmonatschrift. Sollte man nach den verschiedenen bisher abgegebenen Meinungen, oder minder platonischer Gerüchten, urteilen, so möchte man die Arbeiterchaft in gleich gut geschlossener Front ihrem kapitalistischen Gegner gegenüberstellen, wie dieser heute bereits der gesamten Arbeiterchaft entgegentritt.

Es wird aber gewiß keinem vernünftigen Menschen einfallen, behaupten zu wollen, daß die Arbeiterchaft, die heute in derartigen, gepulsten und ohnmächtig dem furchtbaren kapitalistischen Feinde ausgeliefert ist, bereits alles getan und alle Möglichkeiten erschöpft hätte, die zu einer Vereinigung der Arbeiter der verschiedenen Lager führen. Verzweifelt wird sich mancher Arbeiter gefragt haben, ob es überhaupt möglich ist, ansehnlich der furchtbaren Abgründe, die sich unüberwindlich scheinen, daß wieder der Arbeiter dem Arbeitsschinder kameradschaftlich die Hand zum gemeinsamen Kampfe reichen kann. Die Frage stellen, heißt sie bejahen. Wir brauchen nur von unserem Gegner zu lernen, um die heutigen möglichen Zustände innerhalb der verschiedenen Klassen der Arbeiterchaft zu befehlen. Sogar der Arbeiter kann mit dem Rückblick fühlen, daß trotz der immerwährend gebrauchten nationalen Propaganda seitens der Kapitalisten von diesen eine internationale Verbindung geschlossen worden ist, die den Arbeitern so lange nutzlos sein wird, bis sie nicht bereit sind, die lange Zeit schon nicht restlos erkannt haben, daß es nur Fürtzen und Fürtzen geben kann. Der geschlossene Ring der Arbeiter aller Länder muß eine ebenso geschlossene und feste Front der Arbeitenden aller Länder gegenübergestellt werden.

Hier stehen wir auf eine Frage, deren richtiges Erkennen und Einhalten die Vorbereitung für die Wiedervereinigung der gesplitterten Proletariatskräfte bedeutet. Eine große Mühe wird dabei sein, sich klar zu machen, daß wir in dieser Hinsicht in unserem eigenen Lande viel zu tun haben, die Gewerkschaften wieder zu Kampfgarnen zu gestalten, indem wir alle Gewerkschaften ferngebliebenen Arbeiter in dieselben, die Reihen der Organisierten aufzufüllen und in deren Gewerkschaften für den Klassenkampf zu wirken. Schlimmer noch liegt es auf dem Gebiet der internationalen Vereinigung auf. Eine große Reihe der internationalen Arbeiterchaft stehen sich feindselig gegenüber und ein bedeutender Rest verhält sich gegenwärtig überhaupt passiv. Hier gibt es eine Aufgabe zu lösen, die wirklich das Schwebende der Arbeit ist. Die Fürtzenfrage, die der Vereinigung der internationalen Proletariatskräfte entgegensteht, muß in erster Linie gesehen, aus dem Wege räumen zu lassen, soll die erste Aufgabe unserer Zeitschrift sein.

*) Zu bestellen durch die Bezirksbuchhandlung, Verlagsführer 14.

„Sie können sagen was Sie wollen, ich bin eine Persönlichkeits- in Deutschland!“

Als sprach Herr Gehler, der Stolz jeder Republik, die Fierde der letzten 12 Jahre...

Herr Gehler weiß davon natürlich nichts. Er, der in seiner Feindschaft...

„Rot Front“ bei der Schutzpolizei? Die gesamte reaktionäre Presse in Berlin nimmt in letzter Zeit...

Herr, gib uns Frieden! Neue Opernromantik im Stadttheater Die Herren Dietrich und Band vom Stadttheater haben gestern...

Soeremus-Songert Die „Proletarische Tribune“ mittelst, findet das Geigen-

Der Film „Sein Märchen“ wird nicht bis Mittwoch, sondern bis Donnerstag, den 18. Februar...

Zort mit der Emminger-Justiz!

Die kommunisistische Reichstagsfraktion hat zum Justizetat folgende Entschlüsse eingebracht:

- 1. Die Reichsregierung zu erlösen, ungenügend einen Gehaltsentwurf vorzulegen... 2. Die Reichsregierung zu erlösen, ungenügend einen Gehaltsentwurf vorzulegen... 3. Die Reichsregierung zu erlösen, ungenügend einen Gehaltsentwurf vorzulegen...

Der „Reichsbannerkamerad“ Marx als Schützer der Klassenjustiz

Bei der Beratung des Justizetats vertritt Genosse Korich als Berichterstatter den Beschluß des Haushaltsausschusses auf Befreiung des Staatsgerichtshofes...

„Hilfsbedienter antwortet ihm: ... Wenn in dem großen Körper der Schutzpolizei, wie ja von kommunistischer Seite immer wieder behauptet wird...

Genügend wohl sei bemerkt, daß auch das auffallende Verlagen des Schreiber-Verbandes in ihren früheren Kampf gegen die monarchistischen Offiziere...

Die Künstler haben sich reichlich Mühe gegeben, das Stück zum Erfolg zu bringen. Unter den Mäcen waren manche sehr charakteristisch...

Soeremus-Songert Die „Proletarische Tribune“ mittelst, findet das Geigen-

Der Film „Sein Märchen“ wird nicht bis Mittwoch, sondern bis Donnerstag, den 18. Februar...

unbegrenzt zurückweisen. Selbst wenn die vorgebrachten Beispiele richtig wären würde das gegenüber der großen Zahl von Richtersprüchen in Deutschland wenig befehlen!

Selbstverständlich mußte die Verteilungserlässe Marx' von dem Volkspartei Dr. Kohl durchaus unterliegen. Auch für ihn ist die Deutschnationalen die Emminger-Justiz ohne Ende, eine Klassenjustiz gibt es nicht...

Die Femeuntertuchung des Landtages

Der Untersuchungsausschuß des Landtages zur Aufklärung der Beziehungen zwischen dem Femeuorden und dem Reichsbannerkammeraden...

Die Kirche will Schneeglöckchen und Pferdeäpfel für Erwerbslose liegt das Geld auf der Straße

Das „Mühlhäuser Volksblatt“ veröffentlicht folgendes Schreiben eines hiesigen kirchlichen Arbeitsbesen:

Bravo! Auf, ihr Kirchenheuschrecken, für müßt es nur verstehen, das Geld in Gestalt von Pferdeäpfeln auf der Straße aufzuheben...

Walpallastheater. Ein volles Haus hatte das neue Programm der zweiten Februartage...

Soeremus-Songert Die „Proletarische Tribune“ mittelst, findet das Geigen-

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Abzugspreis: pro Jahr monatlich 2,30 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Berdenstraße 14.

Abzugspreis: 13 Groschen für d. R. M. Meter 500 u. Spalte; 70 Groschen für 1. Klasse im Viertel. Abonnementspreise zu stellen nach Halle, Berdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Geschäftsstelle: Leipzig 1906 65 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 17. Februar 1926

6. Jahrgang Nr. 40

Listenauslegung für Volksbegehren

Vom 4. März bis einschließlich 17. März

(Eig. Melb.) Berlin, 16. Februar.

Zu „Reichsanzeiger“ wird heute der Termin für die Auslegung der Listen für das Volksbegehren veröffentlicht, wonach die Listen in der Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März ausgelegt werden müssen.

Die Reichsregierung erläßt dazu halbamtlich folgende Erklärung:

„Die Reichsregierung hat die gefällig vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenermögen beschloffen, nachdem festgestellt war, daß die gefälligen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gefälligen Vorstößen über die Behandlung solcher Anträge entsprochen. Den Inhalt des Gesetzentwurfes, der eine völlig entschädigungslose Enteignung vorsieht, magst sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinanderlegungsfrage bald zu einem gefälligen Abschluß gelangen und daß dann der weitergehende mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.“

Die Handlungsweise der Reichsregierung ist reichlich überflüssig. Man weiß ja ohnehin, daß die Luther-Regierung keine Regierung für das Volk, sondern für die Fürsten ist. Ihre Absicht, den Volkswillen zu verhindern, darf nicht gelingen. Jetzt gibt es in einer einzigen Front alle Kräfte anzuspannen, um der Parole zum Siege zu verhelfen: Nicht einen einzigen roten Pfennig dem fürstlichen Räuberpad!

Severing will die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Berliner Stadtparlament brechen

Wir hatten bereits am Montag in einer kurzen Notiz die Nichtbestätigung des Genossen Rebe als Stadtrat von Berlin mitgeteilt. Diese Nichtbestätigung wurde begründet mit den Vorstrafen, die der Genosse Rebe erhalten hat. Alle diese Vorstrafen sind politischer Natur, die mit einer Ausnahme überaus geringfügig waren. Die einzige schwerwiegende politische Strafe erhielt der Genosse Rebe während des Krieges von den Kriegsverfehlern der falschen Marine, indiziert als Oberbefehlshaber auf dem Kriegsschiff „Moltke“, wo er zu acht Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Nichtbestätigung des Genossen Rebe nun ist ein Verstoß, die Ausnutzung der kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit im Großberliner Stadtparlament zu verhindern.

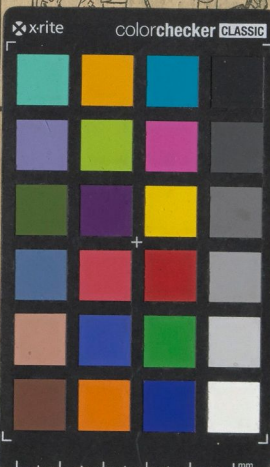
Durch Nichtbestätigung des Kommunisten soll nämlich im Berliner Magistrat die bürgerliche Mehrheit gerettet werden, da bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen ein Sitz den Ausführenden gibt. Zwar hat Severing selbst die Nichtbestätigung noch nicht ausgesprochen, sondern diese Nichtbestätigung wurde erst von dem demokratischen Oberpräsidenten Wagner verfügt. Es ist aber ungewiss, daß hinter diesem Oberpräsidenten Wagner der preussische Innenminister Severing steht. Wenn Severing aber das Kriegsverfahren der falschen Militärjustiz (etwas anderes kommt nicht in Frage) zum Anlaß nimmt, um dem Genossen Rebe die Bestätigung zu verweigern, so ist der Gipfel aller bisherigen Leistungen geworden. Auf diese Weise sollbarisiert sich Severing offen mit dem Admiral Gieseler und der hinter ihm stehenden monarchistischen Konterrevolution.

„Ludendorff-Höring-Front — ein unerträgliches Gedank“

Das „Sächsische Volksblatt“ Jwaidau (Nr. 30 vom 15. Februar) schreibt unter der Überschrift: „Rein Ehrenmal für unsere Gefallenen“ über die am 12. Februar bei Hindenburg stattfindende Konferenz des „Eichheim“, „Kuffhäuserbund“, „Reichsbanner“, und „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ zwecks Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen:

„Juden und Antisemiten, Hakenkreuzler und Republikaner

Das Fürstengericht nach dem Wunsch Luthers



Die Verbindung Ludendorffs und Heekts mit den ungarischen Banknotenfälschern

(Eig. Deahim.) Budapest, 17. Februar.

Der Sekretär des Prinzen Windischgrätz, Raba, machte in den gestrigen Abendblättern aufsehenerregende Mitteilungen über die Verbindungen der ungarischen Banknotenfälscher mit den Deutschen. Er, Raba, hatte im Auftrage des Prinzen Windischgrätz an Ludendorff und an General von Seeck Briefe überbracht. Raba habe persönlich in München Verhandlungen geführt, auf die in München erhaltenen Befehle hin sei er nach Wien gereist, wo er das notwendige Papier für die Herstellung der falschen Banknoten erhalten habe. Diese Aussagen wiederholte Raba auf der Polizei den beiden französischen Delegierten gegenüber.

Was alles vor den sozialdemokratischen Arbeitern unterschlagen wird

Aus der Praxis der „Volksblatt“-Redaktion

Es gibt verschiedene Methoden, immer wieder von neuem einen Keil zwischen die sich von unten her bildende proletarische Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter hineinzutreiben. Die eine Methode ist die der direkten Verleumdungen und Verdächtigungen. Ein Musterbeispiel dieser Methode haben wir in den letzten Tagen erlebt, als das „Volksblatt“ die Polizei mobil zu machen suchte gegen die Sammlungen für den Volksentscheid, indem es ohne jeden Grund über „kommunistische Betrüger und Urkundenfälscher“, denen „ihr lauberes Handwerk gelegt“ werden müßte, schimpfte und unter den Angehörigen höchster Exterieur sich über einen „ausgestimmten frechen Betrug“ und über eine „hundsgemeine Spettakel“ der Kommunisten in den höchsten Funktionen erbot.

Die andere Methode ist die des Reichswagens offensichtlicher Tatsachen. Was auf diesem Gebiete sich das „Volksblatt“ bisher geleistet hat, steht einzig da. Um den sozialdemokratischen Arbeitern und Leuten des „Volksblatt“ nur eine Stichprobe von dem zu geben, was alles ihnen an politischen Tatsachen vorenthalten wird, registrieren wir nur ganz kurz einige Ereignisse der letzten Zeit.

Jedem sozialdemokratischen Arbeiter ist bekannt, welche Entwertung im Volke vorhanden ist darüber, daß ausgerechnet in der jetzigen größten Not der proletarischen Massen immer wieder Aufrufe zur Ecken-Spende herausgegeben werden. Und auch die sozialdemokratische Presse, sogar das „Volksblatt“, tut so, als ob es ebenfalls gegen die Geldmüllungen für Jopelein-Kaufschiffe nach dem Nordpol sei. Da müssen wir schon folgende Fragen an sozialdemokratische Arbeiter richten:

Ist Euch bekannt, daß Höring, der Oberpräsident der Provinz Sachsen und Reichsbannerführer, als erster mit seinem vollen Namen erst vor wenigen Tagen einen Aufruf für die Ecken-Spende unterzeichnet hat, in dem folgender schöne Satz steht: „Die Not und die Schmerz der Zeit kennen wir alle. Aber der Zustand und die Not in Freiheitskämpfen liegt von allen anderen Vätern an der Spitze?“

Das „Volksblatt“ hat darüber kein Wort gebracht. Warum wohl? Vor allen Dingen deswegen, weil es zu feige ist, sich hinsichtlich der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen Höring wenden zu müssen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Feigheit dann entspricht die Verleumdung der Kommunisten. Wenn diese nämlich, wie es ihre proletarische Pflicht ist, gegen diese Heldentat von Höring protestieren, und sie vor der Arbeiterfront aufdecken und entlarven, dann nennt man das im „Volksblatt“ — kommunistische Hehe.

Am 4. Februar hat eine Belegschaftsversammlung der Firma Seemann & Stimmann eine Resolution angenommen, in der die Bildung eines Einheitskomitees für Halle gefordert wurde. Die Resolution war auch im Namen der sozialdemokratischen Arbeiter dieses Betriebes von dem Sozialdemokraten Wilhelm Kreuhmann unterschrieben. Diese Resolution ist genau so gut wie dem „Klassenkampf“ auch dem „Volksblatt“ ausgehändigt worden, und zwar liegt darüber eine schriftliche Quittung vor von dem Arbeitersekretär Ferstl, der, verprochen hatte, sich für die Veröffentlichung der Resolution im „Volksblatt“ einzusetzen. Warum hat das „Volksblatt“ bis zum heutigen Tage einfach diese Resolution unterschlagen? Weil die Veröffentlichung dieser Resolution nicht hineingepaßt hätte in seine Hehe gegen den Zusammenstoß von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern!

Vor einigen Tagen hat der Sozialdemokrat Landberg im Reichsausschuß des Reichstages den bürgerlichen Parteien das Angebot gemacht, daß die Sozialdemokratische Partei vom Volksentscheid Abstand nehmen würde, wenn man sich allgemein auf den demokratischen Kompromißantrag in Sachen der Fürstenermögen einigen würde. Obwohl das „Volksblatt“ am nächsten Tage über die Verhandlungen im Reichsausschuß des Reichstages berichtete, hat es selbst diese Auswüchse Ludendorffs unterschlagen und auch bis zum heutigen Tage nicht ein Wort dazu gesagt.

Die Bekanntgabe der Tatsache, daß Landberg als der Exponent der rechten Führerguppe der SPD, bereits den Bürgerlichen den Verrat an dem gemeinsamen Gesetzentwurf der SPD, und der SPD für entschuldigungslos fürstenernützlich angesehen hat, hätte es ja auch den „Volksblatt“-Redakteuren ummühsig gemacht, weiter zu heulen gegen die angeblichen kommunistischen Verleumdungen.

Wie hat sich nicht das „Volksblatt“, — und zwar in diesem Falle mit Recht — aufgeregt darüber, daß der deutlichenationale Abgeordnete Severing, obgleich er als Reichsanwaltschafts-Prozessreferent irgendeines Thüringischen Fürsten war, es doch wagte, als Volksvertreter in der Frage der Fürstenermögen im Reichsausschuß des Reichstages zu fungieren. Aber das Parallelschiff zu dem deutlichenationalen Severing hat bis heute das „Volksblatt“ seinen Leuten unterschlagen. Er hat bis heute noch mit seiner Silbe erwähnt, daß auch der Sozialdemokrat Wolfgang Helms Prozessreferent eines Großherzogs von Mecklenburg gewesen ist und bei der Verteilung der fürstlichen Interessen gegen das Volk folgenden schönen Satz geprägt hat: „Ein Großherzog, auch wenn er nicht regiert, muß